



HESSISCHER LANDTAG

02. 01. 2024

Kleine Anfrage

Volker Richter (AfD), Arno Enners (AfD), Robert Lambrou (AfD) und Dimitri Schulz (AfD) vom 06.11.2023

Das hessische Kooperations-/Kontaktbüro in Gaza – Teil III

und

Antwort

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen

Vorbemerkung Fragesteller:

Laut einschlägigen Quellen wurde infolge des Oslo-Friedensprozesses auf Initiative bzw. unter Mitwirkung des damaligen Vorsitzenden des Zentralrates der Juden Ignatz Bubis, des damaligen PLO-Chefs Jassir Arafat und einiger hessischer Landespolitiker ab dem 02.03.1996 ein Kooperations-/Kontaktbüro durch das Land Hessen in Gaza unterhalten, durch das zur Verbesserung der Lebenssituation der palästinensischen Bevölkerung in Gaza Kontakte, Auftragsvergaben und Leistungen zwischen dem Land Hessen sowie im Land Hessen und in Gaza ansässigen Institutionen, wie Behörden, Unternehmen und Bildungseinrichtungen vermittelt wurden. Jene Kontakte, Auftragsvergaben und Leistungen sollen sich u. a. auf die Koordination von humanitärer Hilfe im Allgemeinen, Aktivitäten und Leistungen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe, wie etwa die Ausrichtung von Schulprojekten, die Gewährung von Geldern und Gebrauchsgegenständen für den Schulalltag oder die Durchführung von Ferienlageraufenthalten für palästinensische Kinder sowie auf die Übernahme von Stipendien und diverse Ausbildungstätigkeiten belaufen haben. Innerhalb unter der Kleinen Anfrage, Drucks. 18/270, geführten Beantwortung „betreffend hessische Initiativen in Palästina“ vom 06.05.2009 sind ferner die Unterstützung „von palästinensischen und hessischen Firmen im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung“, „hessischer Nichtregierungsorganisationen in Palästina“ und „der kommunalen Zusammenarbeit“ als über das Kooperations-/Kontaktbüro bewerkstelligte Tätigkeitsbereiche aufgezählt. Die Schließung des Kooperations-/Kontaktbüros soll ausweislich der einschlägigen Quellen im Jahr 2001 erfolgt sein. Diese Schließung soll seitens der damaligen Entscheidungsträger entweder durch die angeblich zu hohen Kosten für den Unterhalt des Kooperations-/Kontaktbüros in Höhe von 28.500 € pro Jahr oder „den wachsenden Einfluss extremer Kräfte in der palästinensischen Regierung“, d. h. die faktische Übernahme der Regierungs- und Exekutivgewalt in Gaza durch die Hamas in den 2000er Jahren und den Eindruck einer mittelbaren Anerkennung dieser Machtübernahme, der durch die Fortsetzung der über das Kooperations-/Kontaktbüro vermittelten Zusammenarbeit hätte entstehen können, begründet worden sein. Im Widerspruch zu dieser Aussage ist der Kleinen Anfrage, Drucks. 18/270, geführten Anfragenbeantwortung zu entnehmen, dass die „Anmietung und Trägerschaft des „Kooperationsbüro Hessen-Palästina““ in der Zeit von 1996 bis zumindest 2008 erfolgt ist und „die Landesregierung...auch im Jahr 2009 die Büroinfrastruktur in Gaza aufrecht (zu) erhalten“ beabsichtigte. Weiteren Quellen zufolge seien zudem die durch das Kooperations-/Kontaktbüro vermittelten Leistungen „im darauffolgenden Jahrzehnt“ nach seiner Schließung „vor allem“, also nicht nur im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe fortgesetzt worden.

Vorbemerkung Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Die projektbezogene Zusammenarbeit mit Palästina begann im Jahr 1995, gefolgt von der Eröffnung des Kooperationsbüros Hessen-Palästina in Deir el-Balah, Gaza, am 02.03.1996. Mit dem Kooperationsbüro sollte ein Ansprechpartner und Vermittler mit Kontakten zu palästinensischen Partnern für hessische Unternehmen, Hilfsorganisationen, Vereine, Gemeinden und Kommunen geschaffen werden.

Wie dem einstimmigen Landtagsbeschluss zum dringlichen Entschließungsantrag „betreffend Verständigung und Frieden im Nahen Osten“ (Drucks. 14/1543) und der Landtagsrede des damaligen Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Plenarprotokoll 14/31) vom 20.03.1996 zu entnehmen ist, beabsichtigte das Land Hessen den Aufbauprozess in den palästinensischen Gebieten durch wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen. Die Eröffnung des Kooperationsbüros Hessen-Palästina in Gaza verstetigte diese Politik. Das Büro erhielt die Aufgabe, hessischen Firmen beim Markteintritt Hilfestellung zu leisten und Partner für palästinensische Unternehmen in Deutschland zu finden. Ebenso sollten über das Büro die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Landesregierung, der kommunalen Partnerschaften mit palästinensischen Städten und von Nichtregierungsorganisationen in den palästinensischen Gebieten koordiniert werden. Die Verbesserung von Bildung und Ausbildung junger Menschen in den palästinensischen Gebieten wurde im Bereich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit als

Schwerpunkt gesetzt. Um den Friedensprozess zu stärken, sollte mit Stipendienprogrammen für palästinensische Studierende und Ausstattungshilfen für Schulen jungen Menschen eine Zukunftsperspektive eröffnet werden.

Im Laufe der Zeit und auch in Abhängigkeit von der politischen Lage vor Ort bekam die Förderung von humanitären und entwicklungsbezogenen Projekten mehr Gewicht. Die letzte Förderung des Kooperationsbüros Hessen-Palästina erfolgte im Jahr 2010.

Die Fragen in der Kleinen Anfrage, Drucks. 20/11691, beziehen sich auf den Zeitraum seit Eröffnung des Kooperationsbüros im Jahre 1996 bis heute. Angesichts der Schließung des Kooperationsbüros im Jahr 2011 und einer Aktenaufbewahrungsfrist von zehn Jahren gemäß dem Erlass zur Aktenführung in den Dienststellen des Landes Hessen (Aktenführungserlass – AfE) vom 14.12.2012 ist eine vollumfängliche Beantwortung der Frage 3 aus Zeit- und Ressourcen Gründen nicht möglich.

Die Beantwortung der Kleinen Anfrage betreffend hessischer Initiativen in Palästina (Drucks. 18/270) bietet eine Übersicht aller bis zum Jahr 2009 durch die Landesregierung umgesetzten Förderungen in den palästinensischen Gebieten. Diese verdeutlicht, dass die seit dem Jahr 1995 durch das Land Hessen geförderten Projekte entsprechend des Parlamentsbeschlusses vom 20.03.1996 größtenteils im Bereich der Bildungsarbeit und humanitären Hilfe zu verorten waren.

Diese Vorbemerkung vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1. Inwiefern ist die „Büroinfrastruktur in Gaza“, welche laut der unter der Kleinen Anfrage, Drucks. 18/279, geführten Anfragenbeantwortung „auch im Jahr 2009“ aufrechterhalten werden sollte, in ihrer Gesamtheit tatsächlich aufrechterhalten worden und bis dato existent?
- Frage 2. Welche Einrichtungen im Einzelnen waren bzw. sind von der unter der Frage erfragten „Büroinfrastruktur in Gaza“ umfasst und inwiefern stellte oder stellt das im Jahr 1996 gegründeten Kooperations-/Kontaktbüro einen Teil dieser Infrastruktur dar?

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die „Büroinfrastruktur in Gaza“ entsprach dem Kooperationsbüro Hessen-Palästina. Dieses bestand aus einem angemieteten Büro- und Besprechungsraum. Das Kooperationsbüro wurde zuletzt im Jahr 2010 aus Mitteln des Landes Hessen gefördert und anschließend im Jahr 2011 geschlossen.

- Frage 3. Hat es in der Vergangenheit Kontakte, Auftragsvergaben und Leistungen zwischen dem Land Hessen sowie im Land Hessen und in Gaza ansässigen Institutionen gegeben, welche nicht durch bzw. über das eingangs benannte Kooperations-/Kontaktbüro vermittelt wurden und inwiefern bestehen zurzeit derartige Kontakte, Auftragsvergaben und Leistungen?

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor. In Frage 3 wird nach abgeschlossenen und aktuell bestehenden Kontakten, Auftragsvergaben und Leistungen zwischen dem Land Hessen oder im Land Hessen ansässigen Institutionen einerseits und in Gaza ansässigen Institutionen andererseits gefragt, welche nicht über das Kooperations-/Kontaktbüro vermittelt wurden.

Eine Differenzierung inwieweit das Kooperationsbüro bei Kontakten, Auftragsvergaben und Leistungen beteiligt war, ist nicht möglich. Zudem existiert keine Datenbank oder Statistik, die Aufschluss über alle in Hessen ansässigen Institutionen und ihren Kontakten, Auftragsvergaben und Leistungen gegenüber in Palästina ansässigen Institutionen geben würde. Auf eine Abfrage wurde aufgrund des damit verbundenen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwandes verzichtet.

Wiesbaden, 20. Dezember 2023

Tarek Al-Wazir